

Pressemitteilung

Nyke Slawik und der Vorstand des Grünen Kreisverbands Leverkusen fordern, das neue Sondervermögen des Bundes für nachhaltige Alternativen zu nutzen - keine „Megastelze“ durch unsere Stadt!

Leverkusen, 14.04.2025

Nyke Slawik, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-73399

Fax: +49 30 227-23 73399

nyke.slawik@bundestag.de

Wahlkreisbüro Leverkusen:

Mülheimer Str. 7a

51375 Leverkusen

Telefon: +49 214 3100285

nyke.slawik.wk@bundestag.de

Geschäftsstelle des Kreisverbandes

Mülheimer Str. 7a

51375 Leverkusen

Telefon: +49 214 503300

kreisverband@gruene-lev.de

Nyke Slawik, Mitglied des Bundestages, und der Vorstand des Kreisverbands von Bündnis 90/Die Grünen in Leverkusen kritisieren das Festhalten der Bundesregierung und der Autobahn GmbH am oberirdischen Ausbau der A1 zwischen den Autobahnkreuzen Leverkusen und Leverkusen-West. Trotz jahrelanger Proteste aus der Stadtgesellschaft und der Prüfung alternativer Varianten, will das Bundesverkehrsministerium weiterhin eine massiv verbreiterte Hochstraße errichten – die sogenannte „Megastelze“.

Dabei eröffnet das jüngst beschlossene **Sondervermögen für Infrastrukturprojekte in Höhe von 500 Milliarden Euro** neue finanzielle Spielräume für den Bund. Von diesem Geld sollten insbesondere Städte und Gemeinden profitieren, die riesige Infrastrukturprojekte bei äußerst knapper Haushaltskasse stemmen müssen.

In einer aktuellen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Nyke Slawik räumt das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) ein, **dass eine Trog- oder Tunnellösung als Alternativen in Frage kommen**, doch es lehnt diese mit Verweis auf Kosten, Bauzeit und verkehrliche Belange ab. Das Bundesministerium hält daran fest, dass zusätzliche Maßnahmen, etwa aus städtebaulichen Gründen, nicht vom Bund finanziert werden könnten. Eine Tunnellösung sei laut Ministerium also nur realisierbar, wenn Stadt oder Land die Mehrkosten übernehmen.

Für Leverkusen, einer Stadt, die in die Haushaltssicherung muss, ist eine finanzielle Beteiligung in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro für die Troglösung jedoch illusorisch. „Der Bund hat nun die Mittel, um in eine nachhaltige, klimafreundliche und sozial gerechte Lösung in Leverkusen zu investieren“, sagt Nyke Slawik.

Die Menschen in Leverkusen müssten andernfalls den Preis für eine rückwärtsgewandte Verkehrspolitik zahlen. Statt einer



städtebaulich verträglichen Lösung, soll eine überdimensionierte Autobahn durch die Stadt getrieben werden – mit erheblichen Belastungen für Anwohnende, massiver Lärm- und Luftbelastung und langfristiger Zerschneidung der Stadt.

„Das Bundesverkehrsministerium sollte mit dem Geld eine Lösung ermöglichen, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Leverkusens gerecht wird und die Menschen in den Vordergrund stellt und nicht den Durchgangsverkehr. Wir fordern den Bund auf, die Planungen neu zu starten und die Megastelze zu verhindern“, sagt Nyke Slawik. Die Bundestagsabgeordnete wird zeitnah nach der Regierungsbildung um einen Gesprächstermin im Bundesverkehrsministerium bitten, um sich persönlich für eine Neubewertung der Planungen einzusetzen.

Besonders drastisch: Die neue Hochstraße soll stellenweise bis zu **70 Meter breit** werden – mehr als doppelt so breit wie die bestehende Stelze. „Für die Anwohner*innen bedeutet das nicht nur jahrelange Baustellen, sondern auch dauerhaft mehr Lärm, weniger Grün, weniger Wohn- und Lebensqualität“, sagen die Vorstandssprecher*innen Rupy David und Thomas Nagel von Bündnis 90/Die Grünen Leverkusen. „Wir wollen nicht zulassen, dass die Zukunft unserer Stadt für eine Betontrasse geopfert wird.“